

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Stressemann will sich entscheiden!

Bis heute abend.

Der Reichspräsident empfing heute mittag den Reichsminister Dr. Stressemann und richtete an ihn die Frage, ob er die Kabinettsbildung übernehmen wolle. Dr. Stressemann bezieht sich die Entscheidung bis heute abend vor.

Die Volkspartei hat die Regierungskrise gesucht. Jetzt winkt die Verantwortung. Das allgemeine Urteil der Öffentlichkeit ist: wenn Herr Stressemann den Bürgerblock durchaus will, wenn er den Reichkanzler deshalb gestürzt hat, wenn er Deutschland deshalb eine Regierungskrise beschert hat — dann soll er auch selbst den Versuch unternehmen, die Reichsregierung zu bilden. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hält es für selbstverständlich, daß Stressemann nicht knien darf.

„Dieser wird sich zweifellos der Bedeutung bewußt sein, die gerade er im gegenwärtigen Zeitpunkt für das Zustandekommen einer dem Willen des Volkes möglichst entsprechenden Regierung besitzt. Sollte an ihn der Auftrag des Präsidenten herankommen, so wird er sich ihm schwerlich entziehen können. Andernfalls würde man eine weitere Verschleppung der nun schon seit Monaten ungelösten Krise und Verfallung des Volkswillens, wie ihn die Wahlen erneut dargelegt haben, erleben.“

Aber die Übernahmehaltung der Verantwortung — ja, das ist etwas ganz anderes als die Fabrikation einer Krise. Einen Reichkanzler stürzen, ist leicht, selbst die Verantwortung übernehmen, dazu gehört — ein ganzer Mann. Herr Stressemann läßt schon danken. Die „Zeit“ schreibt:

„Daß Dr. Stressemann einen an ihn ergehenden Auftrag annehmen würde, ist nach seinen bisherigen Erklärungen nicht wahrscheinlich. Die Auftragserteilung wäre also mehr eine Demonstration. In Wirklichkeit rechnet man ziemlich allgemein damit, daß Stressemann in dem künftigen Kabinett den Posten des Außenministers weiter bekleiden wird.“

Die Scheu vor der Verantwortung ist der Ausfluß der inneren Schwäche der Bürgerblockbestrebungen. Herr Stressemann fürchtet, daß er mit der Bildung der Rechtsregierung Schiffbruch erleiden könnte. Er ist wohl bereit, für den Bürgerblock laut die Trommel zu läuten zu lassen und sein Organ einige Stimmungen in deutschnationaler Tonart vornehmen zu lassen — aber einen persönlichen Misserfolg für den Bürgerblock will er nicht riskieren.

Die Voraussetzungen für den Bürgerblock haben sich ja als sehr brüchig erwiesen. Mit der Sicherung der bisherigen Außenpolitik im Bürgerblock ist es nichts. Nur noch die Unentwegtesten aus Stressemanns Lager klammern sich an die Fiktion, als seien die Deutschnationalen zur Erfüllungspolitik bekehrt. Koch schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Am 29. August haben allerdings nur 50 Proz. der deutschnationalen Reichstagsfraktion durch ihre Abstimmung das Kernstück der jetzigen Außenpolitik, die Dawes-Gesetze, angenommen. Am 30. September aber hat sich der deutschnationale Vertretertag mit vier Fünftel Mehrheit auf den Boden des Beschlusses der Reichstagsmehrheit gestellt (die Dawes-Gesetze als „bindende Norm“ anerkannt). In dem offiziellen Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei vom 29. Oktober heißt es dann ausdrücklich: „Die Dawes-Gesetze sind jetzt bindendes Recht. Ihre Ausführung verlangt eine wachsame Vertretung des deutschen Standpunktes.“ Damit ist von dieser Seite die Garantie gegeben, daß sie die bisherige Außenpolitik anzuerkennen und fortzusetzen bereit ist.“

Zur Bekräftigung dieser „Garantie“ schreibt heute morgen der „Vokal-Anzeiger“ kurz und grob:

„Fortführung der bisherigen Außenpolitik“ ist eine inhaltlose Phrase.

Das ist doch deutlich und ehrlich, da weiß man doch, wie es mit der nationalliberalen Garantie aussieht. Die mimosenhafte Scheu Stressemanns vor der Verantwortung wird bei solchen Auslassungen immer verständlicher. Er muß aussöffeln, was er eingebracht hat.

Das Zentrum gegen den Bürgerblock.

Der Verlauf der Fraktionsstimmung.

Heute vormittag 11 Uhr trat die Reichstagsfraktion des Zentrums unter Vorsitz des Abg. Fehrenbach in Anwesenheit von Dr. Warg zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Es wird mit großer Bestimmtheit versichert, daß die Zentrumsfraktion sich klar gegen den Bürgerblock aussprechen wird.

Die deutschnationale Fraktion begann ihre erste Sitzung um 12 Uhr. Eine zweite ist für Nachmittag 4 Uhr angesetzt. Um 4 Uhr tritt auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen, deren Vorstand für 3 Uhr zusammenberufen ist.

Es reicht nicht.

Deutschnationale Akrobatik.

Die „Kreuzzeitung“ hatte angedeutet, daß die Partei Graefe-Ludendorff bei den Deutschnationalen Anschluss suche. Die „Deutsche Zeitung“ bestätigt diese Andeutung; nach ihrer Kenntnis bestehe zwischen den beiden Rechtsfraktionen — besonders im Landtage — eine Fühlungnahme.

Es wiederholt sich die deutschnationale Akrobatik aus dem letzten Reichstag, wo die Deutschnationalen die Abgeordneten der Landliste auf die Schultern nahmen, um als stärkste Fraktion erscheinen zu können. Diesmal reicht aber nicht. Deutschnationale, Landliste und Völkische haben zusammen immer erst 125 Mandate gegen die 131 der Sozialdemokratie.

Darin spiegelt sich der Rückgang der Schwarz-Weiß-Roten:

	7. Dezember	4. Mai
Sozialdemokratische Fraktion	100	131 + 31
Deutschnationale, Landliste u. Völkische	128	125 - 18

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird heute ihren Vorsitzenden wählen. Eine Meldung, daß Westarp an die Stelle Hergts treten würde, wird von der „Nationalpost“ dementiert. Zu den deutschnationalen Unterhändlern gehört Hergt nicht. Als Unterhändler sind bestimmt worden Dr. Winkler, Westarp, Schiele und Behrens.

Ludendorff und Knüppel-Kunze.

Knüppel-Kunze ist schuld.

Die Ludendorff-Partei hat es herrlich weit gebracht. Ludendorff und Knüppel-Kunze stehen sich als eigene Parteibesitzer auf gleich und gleich gegenüber. Ludendorff und Knüppel-Kunze als Politiker von gleichem Rang und gleichem Einfluß. Der Unterschied in der Zahl ihrer Anhänger ist wirklich nicht erheblich.

Die Leute Ludendorffs nehmen deshalb Knüppel-Kunze auch ernst. Die „Mecklenburger Warte“, das Organ des Herrn v. Graefe, widmet Knüppel-Kunze und seinen Leuten eine große wahlstatistische Betrachtung. Wenn Ludendorff einen Feldzug verloren hat, muß immer ein anderer daran schuld sein. Diesmal ist es Knüppel-Kunze, der den Dolch in den Rücken der Ludendorff-Partei gestochen hat. Der Nationalheros Ludendorff habe nicht reußiert, weil Herr Kunze ihn nicht reußleren lassen wollte. Davon doch ein Nationalheros Ludendorffischer Prägung abhängt!

Herr Kunze ist schuld, daß die Partei Ludendorffs nun daran gehen muß, die Abfälle zu sammeln. Aus Rache fängt sie bei Knüppel-Kunze selber an. Vielleicht sind von den 140 000 Wählern, die für Knüppel-Kunze waren, einige Zehntausend für die Partei Ludendorffs aufzulesen? Einige Zehntausend — das wäre immerhin ein erklecklicher Prozenttag der völkischen Stimmen.

Also nieder mit Knüppel-Kunze, es lebe sein Nachfolger Ludendorff!

Fernwirkung der Regierungskrise.

Frankreich will nicht betrogen werden.

Paris, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Linkspresse stellt heute mit Befriedigung fest, daß sich in Deutschland die Opposition gegen den Bürgerblock verstärkt und namentlich in Zentrumskreisen der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung des Reiches bzw. in Preußen abgelehnt wird. Der „Quotidien“ sieht den Hauptgrund für die eingetretene Enttäuschung darin, daß alle maßgebenden Parteien einsehen, daß die Erweiterung der Regierung durch die Monarchisten mit der Ausführung der Dawes-Gesetze, der Räumung von Köln und der Ruhr bzw. der Militärkontrolle in Verbindung stehen. Das Blatt selbst erwartet eine Verschlechterung der gesamten außenpolitischen Lage Deutschlands auch durch eine vorübergehende Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung. Das „Deure“ schreibt: „Man scheint sich in Deutschland mehr und mehr die Frage vorzulegen, welchen Eindruck die Erweiterung einer Regierung nach rechts macht. In der Tat, dieser Eindruck ist verheerend! Gewiß hat Frankreich keinen Grund, sich in die inneren deutschen Verhältnisse einzumischen, aber ebenso gewiß ist, daß es einem von Deutschnationalen regierten Deutschland feindlich gegenübersteht, und daß, um so mehr, als die Wahlen einen deutschen Kurs nach links ergeben haben. Wenn sich dieser Kurs trotzdem in einer Regierungsbildung nach rechts auswirkt, so kann man daraus nur den Schluß ziehen, daß das Volk von seinen Politikern betrogen wird, und die französische Regierung muß in diesem Falle entsprechend handeln, um nicht ebenfalls übers Ohr gehauen zu werden.“

Krise in Polen.

Misstrauensvotum gegen die Regierung.

Warschau, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Polen droht bereits wieder eine Kabinettskrise. Die Sejmkommission für Budgetfragen lehnte am Dienstag mit großer Mehrheit die Bewilligung des Budgetprojekts für das erste Vierteljahr 1925 ab. Die Bewilligung erfolgte lediglich für einen Monat. Es handelt sich hier natürlich um eine ausgesprochene Misstrauenskundgebung, ohne daß der Ministerpräsident Grabsti bisher die Konsequenzen aus dieser Lage gezogen hätte. Er glaubt verläßlich durch Verhandlungen ein Kompromiß ermöglichen zu können und will erst, wenn ihm das nicht gelingt, d. h. wenn er nicht mindestens für zwei Monate die notwendigen Kredite vom Parlament erhält, die Vertrauensfrage stellen. Es ist unter diesen Umständen anzunehmen, daß die Behandlung des Budgets von der heutigen Sitzung des Sejm abgesetzt wird.

Syrig, Koch & Co.

Die deutschnationale Zeugenfabrik.

Der gestrige Tag im Magdeburger Prozeß war ein schwarzer Tag für die Verteidigung. Der sensationelle Zusammenbruch des Tischners Syrig kann selbst von der deutschnationalen Presse nicht ganz unterdrückt werden. Nicht alle sind sie so tief gesunken, daß sie, wie die „Rote Fahne“, mit folgenden vier Zeilen darüber berichten:

„Der Zeuge Gastwirt Zeppenfeld, ein Onkel von Syrig, gibt an, daß Syrig gestohlen und gelogen habe. Syrig sagt hierzu, daß er mit seinem Onkel gebrochen habe (!), als er hörte, daß in der Gastwirtschaft seines Onkels vor sieben Jahren Leute festgenommen worden seien, die mit § 175 zu tun hätten.“

Nicht alle sind sie so verlogen, wie der W.-S.-Sonderberichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“, der die dramatischen Szenen beim Zusammenbruch des Hauptbelastungszeugen dadurch abtut, daß er seinen Lesern folgendes berichtet:

„Dann sorgte die Vorkundung eines uralten Onkels des Zeugen Syrig durch den Rechtsanwalt Heine dafür, daß die Öffentlichkeit einige Einblicke in das Familienleben der beiden Zeugen bekam. Syrig blieb dem schimpfenden Onkel nichts schuldig. Dazu kann man nur das Wort wiederholen, das heute in einem anderen Zusammenhang im Prozeß gefallen ist: „Die Gegend ist auch nicht gerade die beste!“

Die Kunst einer verlogenen Berichterstattung kann wirklich kaum noch übertroffen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Rote Fahne“ können sich hier wie überall getrost die Hand reichen. Das schmutzige Verleumdungswort steht ihnen gut an. Die Deutschnationalen haben aber besondere Veranlassung, die Katastrophe des gestrigen Tages zu verschweigen oder umzulügen.

Der Zusammenbruch des belasteten Zeugen Syrig ist nicht in erster Linie ein Zusammenbruch dieses höchst zweifelhaften und anrüchigen Subjekts, das von Diebstählen bei der Eisenbahn lebt, es ist vielmehr ein Zusammenbruch der dunklen Ehrenmänner, die hinter diesem Subjekt gestanden haben und stehen. Die Figur des satism bekannten deutschnationalen Pfarrers, Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten, Herrn Koch, erscheint in bengalischer Beleuchtung. Koch, die unbestritten unsympathischste Figur der Berliner Stadtverordnetenversammlung, ist es gewesen, der in zahllosen Versammlungen zur Zeugenaussage gegen den Reichspräsidenten aufgefordert hat und der schließlich nach langem Suchen bei Syrig landete, er ist es gewesen, der die Auslage dieses Mannes, den sein eigener Arbeitssollege im Prozeß des Meineids beschuldigt, zu Protokoll genommen und nach Magdeburg geschickt hat. Auf seinen malediktischen Zusagen an Syrig muß es beruhen, wenn Syrig erklären konnte, daß seine Zukunft gesichert sei, er wolle „nicht dauernd nur Arbeiter spielen“.

Koch ist nicht der erste und beste in der Deutschnationalen Partei. So widerlich er den anständigen Elementen in seiner eigenen Partei sein langem ist, so spielt er doch noch wie vor eine führende Rolle. Er ist der ständige Urheber der Stundalkenzen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Seine wüsten Heßreden gegen die Sozialdemokratie sind stets ohne jedes Maß und ohne jedes Ziel gewesen. Er ist einer der eifrigsten Organisatoren in der Berliner deutschnationalen Parteiorganisation. Seine Hauptbetätigung ist die Arbeit für die „vaterländische“ Arbeiterbewegung, für die er solche Elemente wie Syrig offenbar besonders gut gebrauchen kann. Wahrscheinlich wird man es nicht juristisch nachweisen können, aber für jeden Denker steht fest, daß Koch über den Charakter der Syrigschen Zeugenaussagen nicht hätte im Zweifel sein können. Wenn er trotzdem ein solches Subjekt zur Zeugenaussage gegen den Reichspräsidenten veranlaßte, so entspricht der moralische Tiefstand einer solchen Handlungsweise nur all dem, was man sonst von diesem geistreichen Diener der Kirche hat beobachten müssen.

Die Deutschnationale Volkspartei duldet es, daß Männer, wie dieser Herr Koch, im Namen ihrer Partei Zeugen von der Qualität Syrigs gegen den Reichspräsidenten sammeln. Die Deutschnationalen werden sich gefallen lassen müssen, daß jeder anständige Mensch es ablehnen wird, in ihrem offiziellen Sprecher Koch eine Gegner zu sehen, mit dem man irgend etwas zu tun haben könnte. Sie werden sich erklären müssen, ob sie diese Methoden des politischen Kampfes dulden wollen.

Sie werden sich nicht erklären. Denn wie sollten sie gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Sozialdemokratie kämpfen können, wenn sie auf diese Methoden verzichten müßten? Gerade in diesen Tagen spielt sich in dem Spanndauer Reineidsprozeß gegen den zum Zuchthaus verurteilten sozialdemokratischen Stadtrat Eggert eine andere Tragödie ab, die auch nur die Folge dieser widerwärtigen und unsagbar gemeinen Methode ist, mit der die Gegner der Arbeiterbewegung die Sozialdemokratie bekämpfen. Jeder, der die Zusammenhänge des Eggert-Prozesses kennt, weiß, daß dieser Mann unschuldig zu Zuchthaus verurteilt wurde, daß er das Opfer einer Schamlosen und gemeinen Weiridenschaft ist. Aber auch hier scheint der Zusammenbruch der Belastungszeugen, der gestern erfolgt ist, zu zeigen, daß es doch für diese Methoden des politischen Kampfes auf die Dauer eine Grenze gibt, die man straflos nicht überschreiten kann.

Die Deutschnationalen werden über die Wirkungen dieses schamhaften Treibens bitter enttäuscht sein. Die giftigen Waffen,

die sie gegen andere verwenden, werden sich gegen sie selber richten. Ihr Treiben wird draußen im Lande alle die immer noch zahlreichen anständigen Elemente in allen Parteien abstoßen, die aus der ekelhaften Atmosphäre eines vergifteten Kampfes allmählich unser Volk zu würdigeren Formen politischer Auseinandersetzung emporheben wollen. Der Varrer der evangelischen Kirche, der das Bibelwort vertritt, daß man „nicht solch Zeugnis reden soll wider seinen Nächsten“, wird auf die Dauer sich und seiner eigenen Partei mehr schaden als der Sozialdemokratie. Dieser würdige Prediger der christlichen Liebe wird sich noch wundern über das, was er angerichtet hat. Auch ihm wird man nichts, aber auch gar nichts schuldig bleiben.

Der Zettelschreiber von Treptow.

Ein Näfemacher aus Dortmund.

F. Kl. Magdeburg, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Das erlöschende Licht flackert noch einmal auf. Nachdem Herr Syrig am Dienstag endgültig erledigt war, tauchte am Mittwoch ein gewisser Gobert aus Dortmund auf, der die Syrig-Mär wieder aufrichtete. Er hat sich erst auf Grund der Zeitungsberichte bei der Verteidigung melden lassen und erzählt, er habe dem Abgeordneten Ebert einen Zettel mit der Frage nach den Bestimmungsbefehlen selbst hingehalten und Ebert habe darauf erklärt, dem Bestimmungsbefehl sei nicht Folge zu leisten. Herr Gobert, der in letzter Stunde auftaucht, steht mit dieser Behauptung mit Syrig allein auf weiter Flur. Aber alles Zureden, alles Zweifeln, ob bei ihm nicht ein Mißverständnis vorliegt, prollen an ihm ab. Er bleibt bei seiner Behauptung, auch als mitgeteilt wird, daß Dutzende von Zeugen das für unmöglich erklärt haben. Es müßte erst ein Unkel kommen, der die Glaubwürdigkeit auch dieses Zeugen beleuchtet. Allerdings ist er der Letzte in der Reihe und es müßte sehr sonderbar zugehen, wenn noch vor Abschluß der Beweisaufnahme sich ein Beumundszeuge melden würde. Ein vor Gobert noch pernommener extra aus Augsburg nach Magdeburg zitiertes früherer Polizeibeamter konnte nur gestehen, daß er gar nichts wisse. Nach Gobert wird die Zeugenvernehmung geschlossen, da Scheidemann wegen Erkrankung nicht gekommen ist. Die feinetwegen zurückbehaltenen Zeugen werden entlassen. Es begann dann die Verlesung von Reichstagsreden Eberts, von „Vorwärts“, „Arbeiter“ und „Neuerungen“ aus der von Otto Wels während des Krieges herausgegebenen „Fackel“. Für einen Sozialdemokraten wohlbekannte Töne und Gedankengänge kommen dort zum Vortrag. Vielleicht, daß auch einer der Richter dabei einiges lernt.

Der mit dem Stahlhelmzeichen geschmückte Angeklagte spielt im Prozeß gar keine Rolle. Er taucht aus der Vergegenheit nur auf, wenn ein Zeuge gefragt wird, ob er mit dem Angeklagten vermandet oder verschwägert ist. Da das niemals der Fall ist, wird von ihm gar nicht geredet. Gegenstand der Verhandlung ist die weltgeschichtliche Rolle der Sozialdemokratie in der Kriegszeit und ihres Vorsitzenden Ebert. In der Mittagsstunde wurde die Beweisaufnahme endgültig geschlossen. Die Verteidigung braucht zur Vorbereitung ihrer Verteidigungsrede mindestens einen und einen halben Tag. Und so sieht sich auch der Generalstaatsanwalt bemüht, den Beginn der Plädoyers auf Donnerstag festzusetzen, es bleibt dabei, daß die Verhandlung bis auf Freitag vertagt wird. Ob das Urteil vor Weihnachten gesprochen und verkündet wird, ist zweifelhaft, denn man rechnet damit, daß auch am Sonnabend die Redeschicht im Gerichtssaal noch andauern wird.

BS. Magdeburg, 17. Dezember.

Der heutige Verhandlungstag, der nach den bisherigen Dispositionen den Schluß der Beweisaufnahme bringen sollte, begann mit einer großen Ueberraschung. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß laut telegraphischer Mitteilung des Casseler Stadtmagistrats der für heute nochmals geladene Oberbürgermeister Scheide-

mann infolge Magen- und Darmkatarrhs beifällig und nicht reisefähig sei.

Nach Vernehmung eines unwesentlichen Zeugen, eines früheren Beamten der Sabotageabwehr, der von der Treptower Versammlung gar nichts weiß, wurde dann ein Händler Paul Gobert aus Dortmund als Zeuge aufgerufen. Dieser Zeuge, der während des Krieges in der Munitionsfabrik in Spandau gearbeitet hat, ist der Mann gewesen, der in der Treptower Versammlung am 31. Januar 1918 dem damaligen Reichstagsabgeordneten Ebert den viel erwähnten Zettel mit der Frage nach den Bestimmungsbefehlen herausgereicht hat.

Vors.: Haben Sie gehört, was Herr Ebert sagte?

Zeuge: Zuerst bin ich aus seiner Rede nicht recht schlau geworden. Er sprach immer von unseren Brüdern in Frankreich, England und Rußland. Ich mußte gar nicht, wohin er wollte. Da habe ich ihm dann einen Zettel hingehalten, auf dem ich ihn fragte, wie wir uns bei Bestimmungsbefehlen verhalten sollten, und darauf hat Ebert mir dann geantwortet, wir sollten jedenfalls diesen Befehlen nicht Folge leisten. (Große Bewegung im ganzen Saal.) Er setzte dann hinzu, wenn dieser Fall eintreten sollte, dann sollten wir uns nur an die Partei wenden, die würde dann schon das Nötige veranlassen. Aber den Bestimmungsbefehlen sollten wir unter keinen Umständen Folge leisten. (Erneute große Bewegung.) Ich war nach Treptow zu der Versammlung gegangen, weil wir in Spandau von den Unabhängigen und Spartakisten so viel auszubahlen hatten. Wir mußten zur Fabrik förmlich Spießruten laufen durch die Soldaten hindurch. Deswegen interessierte es mich, was nun ein Redner von den Mehrheitsverhältnissen dazu sagen würde.

Vors.: Hat Herr Ebert dies in öffentlicher Versammlung gesagt?

Zeuge: Er hat es nicht mir allein gesagt, sondern wir standen zu mehreren zu sammen. Es war ziemlich am Schluß seiner Rede.

Vors. (eindringlich): Haben Sie ihn nicht vielleicht falsch verstanden? Hat er nicht vielleicht gesagt, wenn diese Bestimmungsbefehle kommen, dann würde sich die Partei dafür verwenden, daß sie rückgängig gemacht werden? Es haben hier nämlich verschiedene Zeugen bekundet, daß sie eine andere Auslegung des Zeugen nicht gehört hätten.

Zeuge: Na, ich bin doch derjenige gewesen, der zu Ebert gegangen ist.

Vors.: Aber haben Sie ihn vielleicht doch nicht verstanden?

Zeuge: Es kann ja möglich sein, aber ich schließe das aus. Was ich gehört habe, habe ich gehört.

Vors.: Haben Sie denn einen Bestimmungsbefehl erhalten?

Zeuge: Nein, ich war schon entlassen.

Vors.: Dann hatten Sie doch an dieser Frage gar kein Interesse mehr.

Zeuge: O doch. Ich war im politischen Leben in Spandau sehr bekannt. Ich habe der Stadt Spandau mein Leben und meine Gesundheit zur Verfügung gestellt. Ich war bei der Republikanischen Sicherheitswehr und habe geholfen, Recht und Sicherheit wieder aufzustellen.

Vors.: Ist nicht aber doch ein Irrtum möglich? Waren Sie nicht auch in anderen Verlosungen?

Zeuge: Aber nicht an diesem Tage.

Vors.: Was hat Herr Ebert den Zettel, den Sie ihm hinausreichten?

Zeuge: Jawohl.

Vors.: Der Herr Nebenkläger hat uns aber gesagt, er könne ohne Brille überhaupt nicht lesen. Hat er denn die Brille aufgelegt?

Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. Es ist ihm ja auch von anderer Seite wiederholt dieselbe Frage gestellt worden. Er ist aber zunächst gar nicht darauf eingegangen.

Vors.: Hat er denn den Zettel nun gelesen?

Zeuge: Ich glaube es wenigstens. Er hat ja darauf geantwortet.

Generalstaatsanwalt: Wer hat ihm denn den Zettel gegeben?

Zeuge: Ich selbst. Ich stand an der Böhmung und reichte Herrn Ebert den Zettel hin.

Generalstaatsanwalt: Gestern ist hier bekundet worden, daß eine Frau diesen Zettel an Ebert weitergegeben hätte.

Zeuge: Nein.

Generalstaatsanwalt: Vielleicht handelt es sich hier um mehrere Zettel?

Zeuge: Das kann sein.

Generalstaatsanwalt: Wie sah denn der Zettel aus? War es ein mit Bleistift geschriebener Notizzettel?

Zeuge: Jawohl. Ich schreibe ziemlich deutlich und habe auch meinen Namen untergeschrieben.

Generalstaatsanwalt: Hat der Redner, nachdem er den Zettel erhalten hatte, noch das Wort Streit irgendwie gebraucht?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

Generalstaatsanwalt: Hat er gesagt: „Streit vertilgt den Krieg“?

Zeuge: Das weiß ich nicht, aber es kann ja möglich sein.

Generalstaatsanwalt: Aber jedenfalls sagte er, wenn die Bestimmungsbefehle kommen, dann solle man sich an die Partei wenden?

Zeuge: Jawohl.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden wird dann dem Zeugen Papier gereicht und er muß nun nach seinem Gedächtnis den Zettel, den er damals dem Redner gereicht hat, ungefähr nachschreiben und die betreffenden Worte aufschreiben. Sie lauteten: „Herrn Ebert. Bitte um Auskunft, ob Bestimmungsbefehle unbedingt Folge zu leisten. Gobert.“

Vorsitzender: Der Herr Nebenkläger hat uns gesagt, daß er seit Jahren schon nicht mehr ohne Brille lesen kann.

Zeuge: Es kann ja sein, daß er die Brille aufgelegt hat.

Jedemfalls hat er die Frage direkt beantwortet.

Vorsitzender: Haben Sie ihn nicht vielleicht doch falsch verstanden.

Zeuge: Nein, er sagte ausdrücklich, wir sollten die Bestimmungsbefehle nicht Folge leisten. (Bewegung.)

Vorsitzender: Vielleicht meine er, sie sollten vorläufig den Befehlen nicht nachkommen.

Zeuge (zögernd): Es kann ja möglich sein. Ich will ja hier mein Herz auch nicht... aber der Sinn der Antwort war der, den Bestimmungsbefehlen nicht Folge zu leisten und wenn Schwierigkeiten entstanden, uns an die Partei wenden.

Vors.: Sagte er das am Schluß seiner Rede?

Zeuge: Jawohl, es war ziemlich am Schluß.

R. A. Heine: Wie sind Sie herüber als Zeuge gekommen?

Zeuge: Ich habe in den Zeitungen davon gelesen und deshalb wandte ich mich an R. A. Plate in Dortmund und teilte ihm mit, daß ich in der Versammlung im Treptower Park zugegen war.

R. A. Martin: R. A. Plate hat mir davon Mitteilung gemacht.

R. A. Bindewald: Hat Herr Ebert auch gesagt: „Ihr dürft den Befehlen nicht Folge leisten, denn das seid Ihr Eueren österreichischen Brüdern schuldig“?

Zeuge: Das weiß ich nicht.

R. A. Dr. Landsberg: Was haben Sie denn nun in der Zeitung gelesen.

Zeuge: Den Bericht über den Prozeß.

R. A. Dr. Landsberg: Haben Sie auch gelesen, was hier der Zeuge Syrig bekundet hat?

Zeuge: Ich habe immer den ganzen Prozeß gelesen, aber den Zeugen kenne ich nicht. Ich sage hier nur das, was ich weiß.

R. A. Dr. Landsberg: Es sind seitdem sieben Jahre vergangen. Haben Sie nicht schon früher einmal über diese Versammlung gesprochen? Wenn die Auslegung tatsächlich so gewesen ist, wie Sie behaupten, dann war sie doch sehr gefährlich für den Redner und deswegen lag es doch nahe, daß man über diese Tatsache sprach, besonders nachdem dieser Redner ein so hohes Amt erhalten hatte.

Zeuge (mit einer abwehrenden Handbewegung): Ach, Herr Rechtsanwalt, ich könnte Ihnen noch ganz andere Auskünfte geben von so nen hohen Herren und ich will das hier nicht mit reinziehen, das gehört nicht herher.

Damit war die Zeugenvernehmung in diesem Prozeß beendet, und es schloß sich nun noch eine mehrstündige Verlesung von Reichstagsreden des Reichspräsidenten, des damaligen Abgeordneten Scheidemann usw. an. Es wurde auch eine Reihe von Zeitungsartikeln verlesen, die sich damals mit dem Streit beschäftigten, darunter Artikel, die in Schweitzer Zeitungen erschienen waren. Der morgige Donnerstag wird freibleiben, da die Verteidiger sich auf die Plädoyers vorbereiten wollen. Am Freitag und Sonnabend sind dann die Plädoyers zu erwarten.

Brichtigung. In dem Magdeburger Prozeßbericht unserer heutigen Morgenausgabe heißt es, Wels habe ausgesagt, daß er mit Ebert an einer Sitzung in der Lothringers Straße teilgenommen habe. In Wirklichkeit hat Wels erklärt, daß er und Ebert an jener Sitzung nicht teilgenommen hätten.

Südflawen gegen Sowjetrußland. Das Kabinett hat die Anerkennung Sowjetrußlands und den Vertragsabschluss mit ihm abgelehnt und neuen Kampf gegen die Kommunistenpartei in Südflawen beschlossen.

Die dynastische Legende.

Von Stephan (Wien).

Früher einmal, in der guten alten Zeit, als es noch blaue Huzaren gab, als unser Kaiserstaater, gut und alt wie die Zeit, hoch zu Ross, auf der Schmelz, dem großen Wiener Eperjersied, nach allen Seiten hin freundlich saluterend, friedliche Heerschau hielt über die schönen Regimenter von denen einige auserwählte das Recht hatten, seinen Namen zu führen (L. u. L. Hofflieferanten waren diese in der „Menschenmaterial“-Branche), als die österreichische Krone noch ihr Ansehen in der Welt genoss, unangestoßen von dem Mißredit der Republik, als noch die mächtigsten Auserwählten, der Hochadel und der Hochliterus, weile die Geschichte des österröisch-ungarisch-polnisch-schlesisch-serbisch-kroatisch usw. -schen Volkes der Monarchie lenkten, welche der Einfachheit halber am liebsten als „Die im Reichsrot vertretenen Königreiche und Länder und die Länder der Heiligen Ungarischen Krone“ bezeichnet wurde, damals sah man noch auf eine ordentliche Erziehung der Kinder, damals gab es noch in den Pefebüchern der Elementarschulen kleine, wunderschöne Geschichten, die dazu geeignet waren, aus den kleinen, unwissenden Menschen, die sie mühsam buchstabierten, ordentliche, getreue Staatsbürger zu machen, Menschen, die mußten, wenn sie es zu verstanden hatten, daß sie Brot zu essen und Wasser zu trinken hatten, kurz Untertanen, die sehr wohl wußten, warum sie den Scheiß zu lüßen hatten, wenn man Gott mit Wort und Mault ansehie, er möge jene erhalten und beschützen. Da wurden schöne Dinge erzählt, vom guten alten Kaiser selbst von seinen toten Verwandten, den früheren Kaisern, und von seinen lebenden Verwandten, den vielen, vielen Erzherzögen. Etwa so:

Der junge Kaiser und der alte Diener.

Als unser Kaiser 15 Jahre alt war, traf er einmal auf einem seiner Spaziergänge, wie er sie zum Zweck des Studiums der Botanik im Schloßgarten zu Schönbrunn zu unternehmen pflegte, einen alten Diener; sofort bemerkte der junge Prinz Tränen in den Augen des Greises, denn das Mißgefühl für die Leiden seiner Mitmenschen war schon in dem Jüngling Franz Josef stark ausgeprägt, und er erkundigte sich freundlich nach der Ursache seiner Trauer.

„Ach, kaiserliche Hoheit!“, sagte der gute Alte, „ich habe meine Frau verloren, mit der ich nun so viele, viele Jahre lang glücklich und zufrieden gelebt habe — o, könnte ich sie doch aus dem Grabe holen und wieder lebendig machen!“

„Das geht nicht!“, erwiderte freundlich der zukünftige Monarch, indem er tröstend die Hand auf die Schulter des Schwermgeprüften legte, „der Herr hat gegeben, der Herr hat genommen. Und nichts darf und veranlassen, wider ihn zu murren.“ fügte er in heiser Frömmigkeit hinzu.

Dann griff er nach seiner Geldtasche und schüttete ihren ganzen Inhalt in die Hand des seinen Tröster dankbar unter Tränen ansehenden Dieners, der bis an sein Lebensende nicht vergaß, den heiligen Wunsch in sein Gebet einzuschließen: „Gott schirme und beschütze Franz Josef, für und für!“

Seitdem ist es anders geworden. Es gibt keine blauen Huzaren mehr, auf der Schmelz stehen Volkswohnhäuser und sind Turnplätze

für Jivisten errichtet, der „einstliche Gang“ und das freundliche Salutieren haben viel von ihrer Popularität eingebüßt und ihre Erscheinung eingesehlt und die wenigen Soldaten sind nur da, um zu verhindern, daß der Hochadel und das Kaiserhaus wieder Regimentsinhaber werden. Und die Ueb-Schönen lesen allerdand göttliches Inzag. Denn die Legende von Kaiserhaus ist aus ihren Büchern ausgewandert und spukt nun im Besebuch der Erwachsenen, in der Zeitung. Etwa so:

Aus dem Gerichtsjaale.

Wien, am 10. Dezember 1924.

Die Diener des Erzherzogs Rainer. Ein Senat verhandelte gestern einen Prozeß zu Ende, den vier ehemalige Diener des Erzherzogs Rainer gegen den ehemaligen Erzherzog Franz Salvator Habsburg-Lothringen auf Erhöhung ihrer Pensionen angestrengt hatten. Die Kläger waren lange Jahre bei dem verstorbenen Erzherzog Rainer bedienstet, und zwar wie der Klagenentzwer ausführt, gegen ein geringes Entgelt, mit Rücksicht auf die Zulage einer Pension. Diese Pension erhielten sie nun von den Erben des Verstorbenen, den Erzherzögen Leopold und Franz Salvator, bis jetzt im Remonten unterbezahlt. (Das macht heute im Jahre ungefähr den Wert einer Fahrkarte für die Straßenbahn.) Der Vertreter der Beklagten vertritt den Standpunkt... ein geschiedene Valorisierung sei nicht ausgesprochen... die Erbschaft sei nur bedingt angetreten worden... muß zugelen, daß diese außer dem Rainer-Palais auch aus Gütern in Gmünd besteht, welche Billionenwerte repräsentieren usw.

Der Senat verurteilte das Urteil, womit die beklagte Verlassenschaft verurteilt wurde, die erhöhten Pensionen zu bezahlen.

Diese dynastische Legende unterscheidet sich von der anderen wesentlich schon durch die Tatsache, daß sie nicht erfunden ist.

„Die verunkunte Glode“ im Zentral-Theater. Die Aufführung dieses Hauptmann-Dramas war nur erfolgreich durch die guten Bühnenbilder und den Waldschrat Bruno Jeners, der nach alter Tradition und mit viel tierischem Humor spielte. — Aber das Kautendelein wurde von Raja Hart gegeben. Man hörte die junge Künstlerin hier und da in großen Theatern und in kleinen Rollen. Dann fiel irgendein heller Ton auf. Man suchte die Stimme, die sich vor allen übrigen auszeichnete, doch nach dem Willen des Regisseurs so schnell verhallen mußte. Raja Hart las einmal Naturgeschreibungen und erzählte Dopschen vor, als Johannes Schaf von einer kleinen Freundschaftsgemeinde zu seinem 60. Geburtstag begrüßt wurde. Die Stimme des jungen Mädchens war rührend, gleichzeitlich fröhlich und aufmunternd. Die Vorleserin konnte lächeln mit ihrer Kehle. Sie konnte den Zuhörern die entzückende Laune, in der sie zu schwachen schlen, ohne Schwierigkeit übermitteln. Man wanderte, anplodt durch diese Stimme, in eine Sphäre der Lichtseligkeit und der höchsten Vergnügen hinein. Raja Hart, die jetzt das Kautendelein spielt, hat noch nicht von dem Schmelz ihrer Stimme eingebüßt. Wirklich es lebt in ihr eine große Zuversicht zu den schlichten und edlen Empfindungen, die der un-

verdorbene Jugend geschenkt werden. Wenn sie das Kautendelein spielt, dann verhält man den Eindruck, daß hier eigentlich schon eine reife Künstlerin ihre Künste übt. Doch gibt ihr Natur, die kaum über die Grenze der reifen Weiblichkeit geschritten ist, das Knospende, das den Uebergang zur blühenden Weiblichkeit beinahe tragisch empfindet. Wertwürdig ist, daß in diesem Mädchen auch eine entschiedene Stärke zu wohnen scheint, ohne daß sie eigenständig ist, ohne daß sie mit allzu lautem Aufstumpfen oder Anspannen der Stimme zu arbeiten hätte, offenbar sich in ihr dieser besondere Mädchenwille. Alles das, diese geringe Kraft, diese alternde Empfindlichkeit und schwindende Inbrunst drückt sich in Raja Hart aus. Man ist eigentlich erstaunt, daß sie niemals der Ueberchwänglichkeit verfallt. Sie beherrscht ihre Mittel schon sehr selbständig. Man freut sich auch, daß ihr stummtes Spiel nicht in einer leeren Geste erstarrt. Sie redet auch dann weiter, wenn sie den Mund geschlossen hat. Es könnte geschehen, daß sie bald aus ihrem Vorstadttheater auswandern muß und zu neuer prunkvollerer Tätigkeit eineladen wird.

R. H.

Vortragsabend Minnie Kronfeld. Herzlichen Beifall spendeten die zahlreichen Zuhörer im Reifersaal der jungen Künstlerin, herzlichen Beifall und viele bunte Blumen. Die Gelehrte aber hat mit Reife und Innigkeit und mit ganzer Hingabe ein künstlerisches Erlebnis vermittelt, das auch den Älteren, den größeren Dank verdient. Vers und Prosa von Goethe bis Lotter umschloß das geschmackvoll zusammengestellte Programm, große Dichter in großer Dichtung; Minnie Kronfeld scheiterte nicht. Gemiß ist das Organ der Künstlerin nicht übermäßig kräftig und die dunkelsteifste Stimme noch nicht ganz frei, überhaupt scheint es, als ob alles Hinreichende und Kraftstrebende ihr nicht sehr leicht, aber man hätte Temperament und Verständnis, ein nicht nur stilistisch-formales, sondern auch ein geistiges Hineinwachsen in die Poesie. Diese Frau, deren Geiste heute noch etwas unbeherrscht, aber echt ist, deren Blick auf dem Podium unsicher, aber stets auf ist, gestolzt die Anrit, indem sie sich ihr hingibt; hemm und Riefche, die nicht nur im Technischen Straffung verlangen, sind ihr naturgemäß weit wessensfreud. Groß war sie aber, wo sie eben ganz Frau sein durfte, bei Claudius, Hoffmannsthal, George, Rilke und Lotter, groß war sie und schön.

Die ihr so reich seid, die ihr den hellen Klang der reinen Herzen noch vernehmen laßt, die ihr es nicht nur wollt, nein, auch könnt — junge Sprecher vor die Front, vor aller Front! ergo.

Die Leitung der Großen Volkssoper schreibt und: In den verwichenen Tageszettungen erschienen Raiten des Inhalts, daß die Große Volkssoper in den nächsten Tagen ihren Betrieb einstellen würde. Diese Nachrichten entsprechen in keiner Weise den Tatsachen, im Gegenteil betragt das Ende der Großen Volkssoper nach wie vor seine Vorstellungen in erster Belegung heraus, und arbeitet sogar gerade an zwei Neuaufstellungen, die im Januar herankommen werden.

Die ebenthalige Hochschule für Kunst in Wien wird nunmehr geübert, nachdem die Verhandlungen mit dem Kultusministerium zur Zufriedenheit der Beteiligten verlaufen sind. Vetter des neuen Unternehmens werden der bisherige Altler Generalmusikdirektor Prof. Kleinbram und der Komponist Brantje in Wien sein. An die Hochschule soll sich ein Konservatorium für Kunst anschließen, die auch den münden bemittelten Schülern die Möglichkeiten zum Besuch der Hochschule gewährt

Volkspartei und Magdeburger Prozeß.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt die frühere volksparteiliche Abgeordnete Frau von Heim unter der Ueberschrift „Wie lange noch?“ folgende politische Betrachtung zum Magdeburger Prozeß:

„Diejenigen, deren staatsfeindliche, das Vaterland schädigende Haltung sich in diesem Prozeß wieder einmal gezeigt hat, sind nicht der Herr Reichspräsident, der bekanntlich zwei Söhne im Kriege verloren hat, und die Sozialdemokratie, sondern die Deutschnationalen und die noch weiter rechts stehenden Parteien. Wenn diese Parteien nicht einmal davon zurücktreten, die Person des Reichspräsidenten in einer Weise anzugreifen, die man als geradezu unanständig bezeichnen kann, nur weil er einen ihnen unsympathischen Partei angehört, so wird das ein grelles Licht auf das, was wir zu erwarten haben, falls es diesen Parteien gelingen sollte, eine Regierung des Reichstages in Deutschland herbeizuführen.“

„Es ist äußerst bedauerlich, daß sich die Deutsche Volkspartei nicht mit aller Energie gegen die Angriffe auf den Reichspräsidenten und den Reichstag ausgesprochen hat. Gerade sie als Mittelpartei, die von jeher den überparteilichen Staatsgedanken in den Mittelpunkt ihrer Politik stellte, wäre durch ihre Tradition zu einer solchen Stellungnahme verpflichtet gewesen.“

Eine schallende Ohrfeige für die „Zeit“, das Organ des Herrn Stresemann, das sich in unanständiger Weise an den Angriffen auf den Reichspräsidenten beteiligt hat.

Der Abbau der Wahlbeamten.

Der Antrag der Kammergerichtsentscheidung.

Von sachverständiger juristischer Seite wird uns geschrieben:

Wenn man die Entscheidung des Einspruchsausschusses liest, möchte man sie kaum begreifen. Der zweite Abschnitt der preussischen Personalabbauregung (P.A.B.) vom 8. Februar 1924 trägt die Ueberschrift „Kommunalverwaltung“. Der zweite Teil des Abschnittes, der von der Verminderung der Zahl der Beamten handelt, betrifft in Artikel 1 unter II „Maßnahmen zur Verminderung der Zahl der Beamten“ und schreibt dort die Anwendung des § 21, der entsprechend der für die Länder zwingenden Vorschrift der Reichs-P.A.B. den Tendenzabbau verbietet, auch auf die Kommunalbeamten vor. Artikel 4 regelt die „Durchführung der Verminderung der Zahl der Beamten“. Es ist also ganz klar, daß das Verbot des Tendenzabbaues auf alle Kommunalbeamten unterschiedslos Anwendung zu finden hat. Davon gehen auch die sämtlichen Ausführungserlasse des Ministeriums des Innern aus, insbesondere der inzwischen mehrfach ergänzte Erlaß vom 10. März 1924 für die Ausführung der P.A.B. in den Gemeinden unter II B 2. Der gleiche Gedanke des Verbotes des Tendenzabbaues lag auch den zahllosen Erörterungen im Landtag zugrunde, die zu dem Antrag betreffend Schutz der Wahlbeamten der Gemeinden gegen den Tendenzabbau führten, welcher Antrag freilich durch das Verhalten der Volkspartei in mehreren der letzten Sitzungstage vor der Auflösung nicht zur Annahme kam.

Angeseht dieser Vorgeschichte ist es schwer, mit der gebotenen Sachlichkeit zu der Entscheidung Stellung zu nehmen, die die abgebauten Magistratsmitglieder in aller Form nicht etwa nur tatsächlich aus Beweisgründen, sondern mit Rechtsgründen für vogelfrei erklärt, obwohl, wie nach einmal betont sei, dies mit der für die Länder zwingenden Vorschrift der Reichs-P.A.B. in Widerspruch steht und solche Vogelfreiheit gesetzlich durch die Länder gar nicht statuiert werden könnte, worauf der Ausschuss unbegreiflicherweise nicht eingegangen ist. Immerhin aber kann die Entscheidung — vermutlich ungewollt — das eine Gute haben, daß sie die in den Landtags-erörterungen als beinahe unstrittig unterstellte Frage erneut aufrollt, ob überhaupt die Wahlbeamten unter die P.A.B. fallen. Angelegene Juristen, wie der Berliner Magistratsrat Graeffner in seinem Buch über den Preussischen Personalabbau Seite 57 zu § 44 Num. 3 — unter Bezug auf das Fehlen einer den Abbau der Wahlbeamten deckenden Reichsvorschrift in der Reichs-P.A.B. — und der Genosse Dr. Herz Spanda u. jüngst im Preussischen Verwaltungsblatt haben die Rechtsgültigkeit der Anwendung der P.A.B. auf die Wahlbeamten mit guten Gründen bestritten; zu den Verteidigern dieser vermeintlichen Ansicht gehören offenbar auch die Richter, die an jener Entscheidung mitgewirkt haben und durch sie vielleicht Landtag und Ministerien in der Angelegenheit ad absurdum führen wollten. Dann hätte aber jene Entscheidung das Offen ausprechen sollen. Kann nämlich eine gewisse Gruppe von Beamten, nämlich die Wahlbeamten der Gemeinden, aus dem Grunde gegen den Tendenzabbau nicht geschützt werden, weil die Eigenart der Entscheidungen über ihr Schicksal, die in Fraktionsentscheidungen und parlamentarischen Abstimmungen fallen, es ausschließt, den Tendenzabbau richterlich nachzuprüfen, dann ist der Schluss zwingend, daß sie überhaupt nicht abbaufähig sind. Entweder Abbau und Schutz gegen Mißbrauch — oder kein Schutz, aber auch kein Abbau. Dann kann und konnte im Falle Pausen der Einspruch allerdings keinen Erfolg haben, weil er nämlich nicht nötig ist, weil nämlich alle Abbaubeschlüsse durch die Reichsverordnung nicht gedeckt und daher null und nichtig sind und die Beamten in verfassungswidriger Weise (Artikel 129 der Reichsverfassung) um ihre wohlverworbenen Rechte bringen. Der Kampf in den Fällen Pausen usw. ist in ein neues Stadium getreten. Die Betroffenen sollten erstlich die nach der neuen Entscheidung für sie besonders günstig aussehende Frage prüfen, ob sie nicht gut daran tun, unter Bezug auf die Verfassungsbestimmung auf die Weiterzahlung ihrer vollen Bezüge zu klagen.

Sache des neuen Landtages aber wird es sein, wenn irgend möglich, diesen ganzen Spuk, der zu einer provinziell verschiedenen Rechtslage und Rechtsunsicherheit in ganz Preußen führt und die Gemeinden durch Verwaltungsverfahren und ordentliche Prozesse nicht zur Ruhe kommen läßt, durch eine klare Entscheidung aus der Welt zu bringen. Daß das Verbot des Tendenzabbaues hierbei nicht befeitigt werden kann, dafür bürgt die Schranke der Reichsabbauverordnung.

Landesoberster und noch folg. Wir haben an der Hand des Beschlusses dieses Landesobersten der Altpreußen im Sinne gemeint. Die „Deutsche Zeitung“ schämt vor. Sie behauptet uns der Falschheit, weil wir nicht mitgeteilt hätten, daß Beschlüsse in einem zweiten Brief an Reichmann-Hellweg sich damit herauszubringen suchte, er habe nicht geachtet, sondern gewarnt. Weil Herr von Beschlüssen folg war, sollen wir Falscher sein.

Der Zauberer.

Der Mann mit dem Zylinder und dem tabellosen Winterüberzieher, der seine Zaubertricks zeigt, steht nicht genau auf dem Potsdamer Platz, sondern ein wenig abseits auf dem weiten, freien Platz vor dem Potsdamer Bahnhof. Er läßt Gedächtnis verschwinden und zaubert sie wieder herbei, dann erklärt er, wie man die Tricks, die er außerordentlich sicher und gewandt ausführt, fertig bekommt, und schließlich erklärt er, warum das Publikum seine Zauberapparate und höchst geheimnisvollen Apparate, Büchsen und Schächelchen kaufen müsse. Und das Publikum kauft, denn die meisten Menschen sind eitel und wollen später vor Bekannten und Verwandten als routinierte Zaubertricksler auftreten. Die Spekulation auf die Eitelkeit der Menschen ist noch immer ein gutes und einträgliches Geschäft gewesen.

Der Mann mit dem Zylinder ist aber auch ein Zaubertricksler, weil er es praktisch versteht, den Menschen einzureden, daß er alle die Dinge, die man bei ihm erstehen kann, verschönt. Ueberhaupt haben ja die Händler so etwas von suggestiver Wirkung auf ihr Publikum, so daß jeder, der bei ihm gekauft hat, in der Ueberzeugung nach Hause geht, er sei beschenkt worden. Da steht zum Beispiel einer irgendwo im Südstadt. Er steht auf dem Bod eines eleganten Autos. Der Diener neben ihm muß ab und an einer Trompete ein paar grugliche Töne entlocken, damit die Passanten aufmerksam gemacht werden und stehen bleiben. Und dann erzählt er mit verblüffender Jungferlichkeit, was er alles — verschönt. Da gibt es mehrere Tafeln Schokolade, eine Tüte Bonbons, einen Zigarrenabschneider, ein Schächelchen Zigaretten, eine „goldene Kassettenrenommieruhr und eine goldene Kette“. Und das alles kostet eine Mark! Das Publikum steht erst zaudernd und zögernd da. Aber dann langt eine Hand nach den Schätzen und noch eine, und der Bann ist gebrochen. Das Geschäft geht glänzend.

Der Wissende geht wohl mit überlegenem Lächeln vorüber an dem Händler und er hat im Weitschreiten gewiß ein Jota auf den Lippen von der menschlichen Dummheit, die nicht klein und tot zu kriegen ist. Aber er bedenkt in seiner Lieberbesinnlichkeit nicht, welche ein elendes Leben diese fliegenden Händler führen, die bei jedem Wetter sich produzieren und ihre Gesundheit ruinieren müssen. Im übrigen ist es noch immer weniger gefährlich und schädlich, wenn die Menschen auf die Anpreisungen der Straßenhändler hereinfallen, als daß sie den dummen und verlogenen Anpreisungen der deutsch-nationalen Politik auf den Beinen kriechen.

Das Fräulein vom Amt.

Ein Koffert der Gequälten auf den Fernsprechämtern.

Der Zeitschrift des Verbandes der Deutschen Reichspost- und Telegraphen-Beamten „Unter dem Reichsradler“ vom 11. Dezember, Nr. 23, entnehmen wir nachstehende Notiz, die unter „Eingefandte Fernsprechamt Merkur“ veröffentlicht wurde:

„Ihr seid lebende Maschinen und ihr sollt doch Menschen sein!“ Lautlose Stille. In den Schränken bewegt sich etwas, heberhaft schnell. Arme, Körper fliegen auf und nieder. Des Gesicht dem Schrank zugewandt; der Kopf bewegt sich genau nur soviel als erforderlich ist, einen Stöpsel in das Klirrenfeld hinein- oder herauszuführen. Lippen bewegen sich unauffällig, und doch lautlose Stille. Püchlich ein Wimmern, ein nachfolgendes, markdurchdringendes, gelendes Schreien! Ein Etwas wird hinausgetragen. Mensch oder Maschine? Ein zur Maschine gedillter Mensch. — Und die anderen? Sie hören das Schreien, wissen, es ist eine der ihrigen, wieder eine, die unter der Körper- und Seelenqual zusammenbricht — und doch wendet sich kein Kopf, kein mitleidiges Aufhorchen. In Maschinen umgewandelte Menschen, durch Menschen zerquält, wogen es nicht. Lautlose Stille, Kirchhofstille! — Verwaltung, horche auf, es ist zu spät! Du bist nicht, daß zwei Menschen ein Heer von pflichttreuen Arbeitsmenschen quälen, unaufrichtig, Tag für Tag. Schlimm genug, wenn eine männliche Aufsicht glaubt, das höchste geleistet zu haben, wenn sie die ihr unterstellten Menschen zu Maschinen gemacht hat. Viel schlimmer aber, wenn eine des gleichen Geschlechts ihre Mitgeschwestern bis aufs Blut quält. Verwaltung, horche auf! Glaubst du wirklich den Aussagen dieser Maschinenmenschen, daß keine Klage über jene Zustände zu führen sei? Siehst du nicht, daß ihre Aussagen nur unter Abwaschung und unter Not ums tägliche Brot gemacht werden? Soll es wirklich so weitergehen? Dann wird die Arbeit zum Fluch, dann wird Haß gefest. Dein Vorgesetzter Merkur wird zum Moloch, der Jugend, Dienstfreude, Menschentum vernichtet. Solange der Fernsprechbetrieb Menschen erfordert, solange haben diese Menschen auch das Recht, als Menschen gemietet und behandelt zu werden. Ihre Pflicht wollen sie gern und freudig tun — aber als Menschen.“

Das sind, wie uns mitgeteilt wird, die Zustände, wie sie nicht nur auf dem Fernsprechamt Merkur, sondern fast ohne Ausnahme auf jedem einzelnen Berliner Fernsprechamt bestehen. Es erscheint notwendig, daß die Öffentlichkeit von diesen Vorgängen erzählt, die sich hinter den Kulissen der Postbehörde abspielen.

100 Kleinhäuser für das arbeitende Volk.

Auf unsere geradezu unerträgliche Wohnungsnot und ihre starken sozialen Schäden ist an dieser Stelle schon des öfteren warnend hingewiesen worden. Doppelt gern sollte man daher einer Einleitung der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim“ e. G. m. b. H. zum Richtfest der ersten 100 im Rohbau erstellten Wohnhäuser ihrer Siedlung Mahlsdorf bei Berlin. Die Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim“, deren Mitglieder sich in der Hauptsache aus wirklich Minderbemittelten zusammensetzen, hat unter den schwierigsten finanziellen Verhältnissen den Mut zur Tat aufgebrochen. Sie trat in Verbindung mit der „Demow“ (Deutsche Wohnungsreform-Gesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter), der gemeinnützigen Gründung der freien Gewerkschaften und Bauernschaften, und diese konnte ihr die Mittel zur Finanzierung der Bauten beschaffen. Die Finanzierung wieder wurde ermöglicht mit Hilfe der Hauszinssteuer unter teilweiser Auslieferung der Arbeiten im Selbsthilfeverfahren durch die Siedler. Die Restfinanzierung erfolgt hypothekarisch. Das Wert, die Erstellung von 100 schmunen kleinen Wohnhäusern nach Entwürfen von Stadtbaurat Bruno Laut, jedes mit Bad und kleinem Stoll sowie mit einem Stüchchen Gartenland, ist also das erfreuliche Ergebnis des Gemeinschaftsgeistes. Geplant ist von der Lichtenberger Genossenschaft der Bau von insgesamt 500 solcher Häuser. In der Festrede wies Dr.-Ing. Martin Wagner, der Geschäftsführer der „Demow“ auf die Gemeinnützigkeit jener Kreise hin, die seinerzeit den Reuten im Schützengraben nach der Heimkehr „gesunde Wohnungen“, „ein sonniges Heim“ versprochen und dem heutigen Wohnungsstand völlig gleichgültig gegenüberstehen. Wir müssen daher ganz entschieden zur gemeinnützigen Selbsthilfe im Sinne des Gemeinschaftsgeistes schreiben und dabei mehr denn bisher die Unterstützung der öffentlichen Organe verlangen. Mit den öffentlichen Mitteln aus der Hauszinssteuer, die von der Stadt Berlin im letzten Jahre zum Wohnungsneubau hergegeben worden sind, wurden 4000 Wohnungen für das private Bauunternehmen und nur 2600 Wohnungen in gemeinnützigen Siedlungen finanziert, und die Siedlung Mahlsdorf ist darunter sogar die einzige, die als eine Siedlung für Minderbemittelte aus den zur Verfügung stehenden Geldern bebaut worden ist. Bei der gemeinsamen Feier waren zahlreiche Vertreter der Behörden und städtischen Körperschaften anwesend, in der Bürgermeister des Bezirksamt Lichtenberg, Genosse John, Stadtrat Genosse Wigig u. a. Dar-

bietungen der gefanglich geschulten Genossen, der Arbeiterjugend Gruppe Knutsdorf sowie der Kindergruppe beachteten das Fest, das unter dem leuchtenden Geplänze roter und schwarzer goldener Fahnen die Genossen bis zu später Stunde fest zusammenhielt.

Die Frauenmorde in der Schleiermacherstraße.

Vernehmung des ersten Zeugen.

Der Angeklagte Bruno Gerth zeigt sich heute ebenso ruhig wie am ersten Verhandlungstage. Während er für die Zeit und Zahlenangaben nur ein schwaches Gedächtnis hat, sind die Vorgänge bei der Tat haarscharf in seiner Erinnerung.

Als erster Zeuge wurde Kriminalsekretär Heinrich Bild vernommen, der den Angeklagten zuerst gesprochen hat. Nachdem sich der Verdacht auf den Angeklagten geltend machte, wurde der Zeuge von der Nordkommission beauftragt, die Uniform Gerths nach Blutspuren zu untersuchen. Als er nichts Verdächtiges fand, begab sich der Zeuge in die Kaserne und unterzog auch die erste Garnitur einer genauen Untersuchung, da Gerth bei seinem Ausgange wahrscheinlich diese getragen haben dürfte. Es fanden sich hier verschiedene ausgemessene Flecke, die zweifellos von Blut herrühren. In der Innenfläche des Rockes waren einige direkte Blutspuren. Als Gerth nun vernommen werden sollte, hat er, erst seinen Jockelanzug anzulegen zu dürfen, da er sein Geständnis nicht in der Uniform ablegen wollte, um seiner Hurdertschick seine Schande zu bereiten. Als der Zeuge auf dem Polizeipräsidium die Hofentofen umkramte, fiel aus der einen derselben eine Damenuhr heraus. Gefragt, welche Bewandnis es mit der Uhr habe, schweig der Angeklagte längere Zeit; es traten ihm Tränen in die Augen und er sagte schließlich, daß er sie zum Andenken behalten hätte. Die auffallende Tatsache, daß das Protokoll der ersten polizeilichen Vernehmung von der Kriminalkommission unterschrieben worden ist, erklärt der Zeuge damit, daß beide Nachkommissionen mit diesem außergewöhnlichen Fall befaßt worden seien, da man zunächst noch weitere Blutspuren vermutete. Auf Verhört gibt der Zeuge noch zu, daß der Vernehmung zahlreiche jüngere Kommissare beiwohnten, die von dem Fall lernen sollten. Es kommt dann zu einer längeren Auseinandersetzung über diese von Gerth zurückbehaltenen Uhr. Sodann fragt der Vorsitzende den Angeklagten, was er getan hat, als er noch der Tat die Wohnung verlassen hatte. Angekl.: Ich habe den Mantel angezogen, die Tür auf- und zugeschlossen und bin schurstrads nach der Kaserne gegangen. Die Schlüssel habe ich am anderen Morgen in den Hofort der Kaserne geworfen. Ich habe mir auch am nächsten Tage unauffällig Wasser besorgt, um die Flecken auszuwaschen.

„Von mir kriegen sie doch nichts.“

Durch Scheinabmeldung hatte sich der Steinschmied Adolf S. seiner gesetzlichen Verpflichtungen zur Verjüngung eines unehelichen Kindes auf lange Zeit zu entziehen verstanden. Dadurch hatte er sich des versuchten Betruges schuldig gemacht, seine Ehefrau Anna der Beihilfe. Nachdem S. zur Zahlung verpflichtet worden war, war der Vormund des Kindes im Frühjahr 1923 mit Aufwertungsansprüchen an ihn herangetreten. S. suchte sich der Zustellung der Aufwertungskasse dadurch zu entziehen, daß er sich aus seiner Wohnung abmelden ließ und über ein Jahr unangemeldet war, obwohl er nach wie vor die eheliche Wohnung benutzte. Als ihn hier ein städtischer Ermittlungsbeamter zufällig eines Tages antraf, gab S. die zynische Antwort: „Sie können sich auf den Kopf stellen, von mir kriegen Sie doch nichts.“ Das Schöffengericht Wobbing erklärte in dem Verbalten des Angeklagten einen Betrugsversuch. Durch seine Scheinabmeldung habe er den Vormund würde machen wollen, die Verfolgung der Ansprüche seines Kindes aufzugeben oder zeitweise einzustellen. Schon eine bloße Verzögerung der Rechtsverfolgung hätte eine wirtschaftliche Schädigung des Kindes bedeutet und dem Angeklagten einen Vorteil infolge der damaligen Geldentwertung eingebracht. Des Verbaltes in dem Verfahren des Angeklagten ein unläuterer Mittel der Täuschung. In Uebereinstimmung mit dem Schöffengericht kam auch die Berufungsinstanz der Kammer des Landgerichts III zu demselben Ergebnis und bestätigte die gegen S. wegen versuchten Betruges erlassene Geldstrafe von 300 Goldmark, gegen seine Frau wegen Beihilfe zu 50 Goldmark.

Das Gift im Manschettenschnopf.

Unter der Bezeichnung betrügerischer Wochenschichten wurde ein Dr. med. Hans Stein verhaftet. Während seiner Vernehmung verriet er sich zu vergiften. Dr. Stein lebt von seiner Frau, die in Antwerpen wohnt, getrennt. Er war zum Schein in der Steglitzer Str. 60 gemeldet, hielt sich hier aber nicht auf. Für Weihnachtsgeschenke ließ er sich fünf Waggons Rasse, Wein u. dergl. schicken, für die er Schecks in Zahlung gab. Dann zog er die Schecks zurück mit der Behauptung, daß er die Waren nicht erhalten habe. Die Verkäufer dagegen behaupten, daß ihm alles zugegangen sei, daß er die Sendungen wieder verkauft, mit dem Erlös auf großem Fuße gelebt und allerlei Anschaffungen gemacht habe. Im ganzen handelt es sich um 70000 R., die der Beschuldigte für sich verbrannt hat, anstatt sie abzuführen. Auf Grund mehrerer Anzeigen und des Ergebnisses der Ermittlungen wurde Dr. Stein in der Wohnung einer Freundin, bei der er sich unangemeldet aufhielt, von Kriminalbeamten der Inspektion C. 8 verhaftet. Während er auf dem Polizeipräsidium verhört wurde, gelang es ihm, aus einem Manschettenschnopf unbedenklich Veronalabletten herauszunehmen. Bevor die Beamten es verhindern konnten, verschluckte er sie. Gleich darauf erkrankte er so schwer, daß er nach der Rettungswache und von dort nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Verkaufsstelle der „Werkfreude“. Auf Grund zahlreicher Anfragen, die bei uns infolge des Artikels „Was ist das Kind spielen soll“ einkamen, teilen wir mit, daß sich die Ausstellung- und Verkaufsräume der „Werkfreude“ Potsdamer Straße 104 befinden.

Glücksfall im Ringbahnzug. Den Fahrbeamten der Stadt- und Ringbahn war bekannt geworden, daß in den Jügen Glücksfälle während der Fahrt veranlaßt wurden. Die Spielhalter pendelten zwischen den Stationen hin und her und suchten, fanden und rupften ihre Opfer. Schnupfpolizeibeamte beobachteten die Jüge und Abteile. Auf freier Tat wurde der Schloffer Gerhard Schubert aus der Rosenholzer Str. 10 zwischen den Stationen Schöneberg und Treptow abgefaßt. Er hatte um Einlage von 10-15 R. gespielt.

Der Berliner Spar- und Bauverein, der sich in uneigennütziger Weise bemüht, für seine Mitglieder gesunde Wohnungen zu bauen und in seinem 22-jährigen Bestehen ungefähr 1500 Familien ein angenehmes Heim verschafft hat, veranlaßte am Sonntag mittig Vertreter der Behörden, der Presse usw. zu einer Grundsteinlegung in der Straße 40, die an der Dübener Str. auf dem Wedding liegt. Stadtbauamtsdirektor Ebert, Bezirksbürgermeister Genosse Leib, sowie einige Stadträte und Ehrenbürger nahmen darauf mit drei Hammerschlägen die Grundsteinweihe vor. Die Anwesenheit der eingeladenen Pressevertreter wurde im übrigen von den Veranhaltern völlig übergangen.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Uebungsstunde Donnerstag, den 18. Dezember, in der Sophienstraße, 16/17. Kinder und Jugendliche: pünktlich 6 Uhr in der Aula. Männer und Frauen im Selenhof abends 7 Uhr.

Große Kälte in Kanada. Ueber ganz Kanada liegt nach einer Messung aus Ottawa eine starke Kälte. Das Thermometer ist plötzlich auf 26 und 27 Grad unter Null gesunken.

